Stadt Oelde

Der Bürgermeister



SITZUNGSVORLAGE B 2014/610/3024

Fachbereich/Aktenzeichen	<u>Datum</u>	öffentlich
Fachdienst Planung, Stadtentwicklung	04.09.2014	
		Frau Stefanie Schröder

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Hauptausschuss	Vorberatung	22.09.2014
Rat	Entscheidung	22.09.2014

Straßenumbenennung von drei Straßen in Oelde

- Wagenfeldstraße
- Hindenburgstraße
- Hermann-Stehr-Straße

Beschlussvorschlag:

Die Anwohner der betroffenen Straßen sollen über eine evtl. Umbenennung informiert werden und ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, über die Umbenennung abzustimmen.

Den Bürgerinnen und Bürgern soll die Möglichkeit gegeben werden, neue Straßennamen vorzuschlagen.

Das Ergebnis der Bürgerbefragung und die Vorschläge für die neuen Straßennamen sollen in einer der nächsten Sitzungen bekannt gegeben und beraten werden.

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+

Nein

Sachverhalt:

In einem Schreiben eines Bürgers vom 02.04.2014 regt dieser an, die Straßenwidmung für Karl

Wagenfeld abzuerkennen. Er begründet seinen Antrag damit, dass ein bekennender Nazi und Befürworter des Rassenwahns kein geeigneter Namensgeber für eine Straße sei. Das Schreiben ist als Anlage beigefügt.

Neben der Wagenfeldstraße gibt es in Oelde zwei weitere Straßen, die Personen gewidmet sind, die nach neueren Erkenntnissen dem Nationalsozialismus verbunden waren. Hierbei handelt es sich um die "Hindenburgstraße" und die "Hermann-Stehr-Straße".

Die nachfolgenden Ausführungen zu diesen Personen wurden teilweise der umfassenden Sitzungsvorlage V/0178/2012 der Stadt Münster von Mai 2012 zur Umbenennung des Hindenburgplatzes, sowie der Homepage der Stadt Münster entnommen.

Karl Wagenfeld und der Nationalsozialismus:

Karl Wagenfeld (1869 – 1939) war Lehrer, Mundartdichter und Schriftsteller, Redakteur und Organisator des Westfälischen Heimatbundes. Im April 1933 trat er in die NSDAP ein. Zudem war Wagenfeld Mitglied bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Er war Vorsitzender des Heimatbundes, begrüßte 1933 die Machtübernahme der Nationalsozialisten als Erfüllung der Ziele der Heimatbewegung und beteiligte sich an nationalsozialistischer Propaganda.

In einem Brief an seinen nationalsozialistischen Freund Heinrich Glasmeier begründete Wagenfeld seinen Eintritt in die NSDAP:

"Was ich da an Eindrücken gewonnen habe, hat mir die unbedingte Notwendigkeit klar gemacht, dass ich, wenn meine Lebensarbeit nicht geschädigt werden soll, unbedingt der N.S.D.A.P. beitreten muss. [...] Dass das keinen Gesinnungswandel bedeutet, wissen Sie. Wer in mir einen Konjunkturjäger sehen sollte, dem schlage ich [...] in die Fresse. [...] und hoffe, dass wir jetzt noch besser als früher Schulter an Schulter für unsere deutsche Sache arbeiten können."

Wagenfeld gilt als Vertreter von fremdenfeindlichen und rassistischen Anschauungen. Er hat sich aus voller Überzeugung, nicht aus opportunistischen Gründen, dem NS-Regime angedient. Auf seine Arbeit vor 1933 konnte die nationalsozialistische Ideologie aufbauen.

Noch nach seinem offiziellen Ausscheiden als Vorsitzender des Heimatbundes äußerte Wagenfeld in öffentlichen Erklärungen positiv und unterstützend zum nationalsozialistischen Regime.

Paul von Hindenburg und der Nationalsozialismus:

Paul von Hindenburg (1847 – 1934), war General der Infanterie und seit 1911 im Ruhestand. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges (1914 -1918) wurde er im August 1914 reaktiviert und Oberbefehlshaber der 8. Armee. Im August 1916 stieg Hindenburg zum Chef der Obersten Heeresleitung auf. Im Alter von 77 Jahren wurde Hindenburg 1925 zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählt; im April 1932 erfolgte seine Wiederwahl; er führte das Amt bis zu seinem Tode. Reichspräsident Hindenburg hat im Mai 1932 eine Mitwirkung des Reichstages an der Regierungsbildung nicht mehr zugelassen und somit die Rechte des Parlaments beschnitten. Er hat mit Notverordnungen und mehrfachen Reichtagsauflösungen und der Zulassung der staatstreichartigen Absetzung der letzen demokratischen Regierung 1932 in Preußen an der autoritären Verformung der Weimarer Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Auflösung hingearbeitet.

Paul von Hindenburg hat aus freiem Wille und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, weil er von ihm die Zusammenführung der nationalkonservativen Kräfte des Reiches erwartete. Mit der Unterzeichnung des "Ermächtigungsgesetzes" durch Hindenburg wurde der Reichstag endgültig ausgeschaltet. An der Zerstörung der Republik und an der

Etablierung wirkte Hindenburg aktiv mit. Der Reichspräsident Hindenburg hatte eine antidemokratische bzw. monarchistische Einstellung und sah den Unrechtsmaßnahmen der Nationalsozialisten, wie der willkürlichen Verhaftung politischer Gegner und den ersten Pressionen gegen jüdische Bürger widerspruchslos und tatenlos zu.

Hermann Stehr und der Nationalsozialismus:

Hermann Stehr (1864 – 1940) war Volksschullehrer, Schriftsteller und Reichskultursenator. Er wurde durch das NS-Regime strak hofiert, mehrfach ausgezeichnet und finanziell gefördert. Seinen Aufstieg honorierte Stehr mit Unterstützung des NS-Regimes. So befürwortete Stehr in der Deutschen Allgemeinen Zeitung im August die Übertragung der Befugnisse des Reichspräsidenten auf Hitler – "den großen Führer".

Hermann Stehr rechtfertigte die Morde anlässlich der Röhm- Affäre und verfasste politische Stellungnahmen, die Aktionen der Nationalsozialisten legitimierten.

Die Benennung einer Straße nach einer Person erfolgt seit jeher ausschließlich, um diese für außergewöhnliche Verdienste zu würdigen. Eine um das Gemeinwesen zum Beispiel in politischer, kultureller, sportlicher, sozialer oder wirtschaftlicher Hinsicht verdiente Person soll durch die Widmung dauerhaft in Erinnerung bleiben. Die Stadt erklärt mit einer Straßenbenennung ihre Verbundenheit und Identifikation mit der jeweiligen Person. Aus heutiger Sicht wäre somit eine Benennung von Straßen nach den hier in Rede stehenden Personen politisch und moralisch nicht mehr vorstellbar.

Folgen einer Umbenennung

Eine Umbenennung von Straßennamen ist nicht nur für die Anwohner, die ihre Adressen bei zahlreichen Stellen ändern müssen, zeitaufwändig, sondern auch für die Verwaltung mit Kosten, z. B. für neue Straßennamenschilder, und Arbeitsaufwand verbunden.

Von der Umbenennung der Wagenfeldstraße sind 30 Hausnummern und gemeldete 85 Personen betroffen, von der Umbenennung der Hindenburgstraße sind 18 Hausnummern und 88 gemeldete Personen betroffen und von der Umbenennung der Hermann-Stehr-Straße sind 13 Hausnummern und 39 gemeldete Personen betroffen.

Bei einer Umbenennung der Straßen ist folgende Vorgehensweise vorgesehen:

Die bisherigen Straßen "Wagenfeldstraße", "Hindenburgstraße" und "Hermann-Stehr-Straße" erhalten neue Straßennamen. Hierbei ist es möglich, die Hausnummerierung beizubehalten. Nach Beschluss über die neuen Straßennamen erfolgt die Bekanntmachung. Anschließend werden die neuen Straßennamenschilder vor Ort angebracht. Die früheren Schilder werden rot durchgestrichen und bleiben für etwa ein Jahr dort erhalten.

Nach dem Beschluss zur Umbenennung und der Veröffentlichung erhalten die Grundstückseigentümer einen Bescheid mit der Zuteilung der neuen Adresse. Der Bescheid enthält auch die Information, dass die Umstellung zügig zu vollziehen ist. Hierbei würde aber ein Umstellungszeitraum von einem Jahr gewährt. Wesentliche Aufgaben zur Umstellung der Adressen übernimmt die Stadt Oelde. So werden die Adressänderungen an Rettungsdienst, Polizei. Feuerwehr. andere öffentliche und städtische Dienststellen, Zustelldienste. Versorgungsunternehmen, Taxi-Zentralen, Hersteller von Kartenmaterial etc. mitgeteilt. Dieses ist für Grundstückseigentümer und Anwohner kostenfrei.

Aufgabe der betroffenen Bürger ist es, ihre Adressangaben in den persönlichen Dokumenten, wie

Personalausweis, Angelschein, Fahrzeugschein, Jagdschein, Europäischer Feuerwaffenpass ändern zu lassen (diese Änderungen sind gebührenfrei). Desweiteren sind in der Regel die Angaben in persönlichen Verträgen zu aktualisieren und sonstige Stellen über die Adressänderung zu informieren. Eine Merkliste zur Anschriftenänderung wird den betroffenen Bürgern zur Verfügung gestellt.